

Gemeinschaftsdiagnose – Auf ein Neues!

In der ersten Oktoberhälfte trafen sich in Essen Wissenschaftler aus sieben Wirtschaftsforschungsinstituten, um im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie die Gemeinschaftsdiagnose zu erarbeiten. Die aktuelle Diagnose stellt die 115. dar und setzt eine Tradition fort, die bis in das Jahr 1950 zurückreicht. Gleichwohl markiert die diesjährige Herbstdiagnose einen Wendepunkt. Erstmals ging der Auftragsvergabe eine europaweite Ausschreibung voraus. Am Ende des dadurch gestarteten Wettbewerbs erfolgte eine Vergabe an vier – auf diese Zahl hatte sich der Auftraggeber vorab festgelegt – Bieter bzw. Bietergemeinschaften. Dass dabei mit dem ifo-Institut in München, dem Institut für Weltwirtschaft in Kiel, dem IWH Halle und dem RWI Essen vier Institute als alleiniger Auftragnehmer bzw. Konsortialführer den Zuschlag erhielten, die auch bisher schon an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligt waren, entwertet den Wettbewerb keineswegs. Letzterer legte vielmehr das Naheliegende offen: Es sind vorwiegend deutsche Institute, die in der geforderten Detailliertheit über Kenntnisse hinsichtlich der Analyse der deutschen Konjunktur verfügen. Hätten sie diese nicht, müssten sie sich den Vorwurf gefallen lassen, die Steuergelder, die ihnen in der Vergangenheit für ihre Arbeit zugeflossen waren, verschwendet zu haben.

Aber der Wettbewerb hat noch mehr bewirkt. Er zwang alle Institute, das Vorgehen bei der Gemeinschaftsdiagnose zu überdenken, sich Neues einfallen zu lassen und insbesondere auch ihr Forscherteam strategisch zu verstärken. Letzteres führte dazu, dass an der bis zum Frühjahr 2010 laufenden Diagnoserunde insgesamt acht Institute beteiligt sind. Zwei davon kommen aus Österreich (das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung Wifo und das Institut für Höhere Studien IHS), eines aus der Schweiz (KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich). Aus Deutschland ist außerdem das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung (IMK) beteiligt. Der Vorteil all dessen ist, dass die Gemeinschaftsdiagnose nun auf eine deutlich größere Expertise zurückgreifen kann als in der Vergangenheit. Ein möglicher Nachteil könnte sein, dass es mit einer wachsenden Zahl beteiligter Institute immer schwerer wird, sich auf eine gemeinsame Einschätzung festzulegen, und keine klare Linie mehr auszumachen ist. Letzterem hat der Auftraggeber aber einen Riegel vorgeschoben, indem er klar regelt, dass jedes Konsortium mit einer Stimme sprechen muss.

Die neue Projektgruppe hat ihre Feuertaufe hinter sich und ihren ersten Bericht vorgelegt. Wer eine völlige Abkehr – in Gestalt und Inhalt – von den bisherigen Diagnosen erhofft hatte, mag enttäuscht sein. Allerdings durfte man auch keine allzu großen Änderungen erwarten. Der Beratungsbedarf des Auftraggebers blieb nämlich im Großen und Ganzen unverändert, und das Pflichtenheft enthielt annähernd die gleichen Einträge wie bisher: Gefordert werden weiterhin eine Einschätzung der internationalen Konjunktur einschließlich Ausführungen zu wichtigen Ländern und Regionen, eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum und in dessen großen Mitgliedsländern, die Diagnose und Prognose der deutschen Konjunktur und schließlich wirtschaftspolitische Empfehlungen. Ob es diese überhaupt erneut geben sollte, war im Vorfeld der jüngsten Ausschreibung noch heftig debattiert worden. Zum Glück blieb hier alles beim Alten, so dass sich die Gemeinschaftsdiagnose weiterhin der Aufgabe der Politikberatung, die die wirtschaftswissenschaftlichen Leibniz-Institute auszeichnet, widmen kann. Eine echte Neuerung steht im kommenden Frühjahr an. Dann werden die Institute erstmals auch eine Mittelfristprognose vorlegen, die der Bundesregierung als Planungsgrundlage dienen soll.



Roland Döhrn

Hinter dem unveränderten Aufbau der Prognose zeigen sich für den, der genauer hinschaut, aber durchaus einige Neuerungen. So legten die Institute mehr noch als in der Vergangenheit Wert darauf, die Risiken der Prognose zu quantifizieren. In einer Zeit, in der die Unsicherheit aufgrund der Hypothekenkrise in den USA und der durch sie ausgelösten Turbulenzen an den Finanzmärkten hoch ist, spielen dabei Simulationen mit ökonometrischen Modellen eine wichtige Rolle. So wurde versucht abzuschätzen, was es für die deutsche Wirtschaft bedeuten könnte, wenn mehrere ungünstige Entwicklungen – ein Rückgang der Immobilienpreise in Verbindung mit fallenden Aktienkursen und einer Abwertung des Dollar – die Konjunktur in den USA belasten würden. Träte ein solches „Krisenszenario“ ein, würde die Expansion in Deutschland im kommenden Jahr bereits spürbar gedämpft. Die beruhigende Nachricht lautet aber, dass es auch in einem solchen Fall aller Erfahrung nach hierzulande aber wohl nicht zu einer Rezession käme. Bei diesen Rechnungen, aber auch z.B. bei Simulationen zu den Auswirkungen der Euro-Aufwertung auf den deutschen Außenhandel, betonten die Institute zudem stärker als früher die methodische Vielfalt. Dies hat freilich seinen Preis. Es findet seinen Niederschlag unter anderem darin, dass verschiedene Modelle unterschiedliche Ergebnisse generieren. Dies mag jene enttäuschen, die eindeutige Aussagen erwarten. Allerdings darf die Gemeinschaftsdiagnose nicht unter den Tisch kehren, dass das menschliche Wissen über die Zukunft begrenzt ist.

Diesem Umstand trägt eine weitere „Innovation“ Rechnung: Erstmals haben die Institute ein Intervall für ihre Prognose veröffentlicht, das sich an den Prognosefehlern vergangener Diagnosen orientiert. Solche Intervalle sind erfahrungsgemäß – wie der Nobelpreisträger Clive Granger es ausgedrückte – beschämend weit. Bei der Prognose eines Wirtschaftswachstums von 2,2% im Jahre 2008 liegt der „wahre“ Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% zwischen 1,2% und 3,2%. Das Problem stellt dabei allerdings weniger die Weite des Intervalls dar. Hier zeigen die Institute, dass erstens die Fehler der Gemeinschaftsdiagnose keinesfalls größer sind als die anderer zu einem vergleichbaren Zeitpunkt abgegebener Prognosen, sondern eher sogar etwas kleiner. Zweitens verdeutlichen sie, dass ihre Prognosen dem Nutzer verglichen mit rein mechanistisch abgeleiteten Vorhersagen einen Informationsgewinn bieten. Das Problem ist vielmehr der Umgang mit der unbestritten vorhandenen Unsicherheit.

Die Fehlprognosen der Vergangenheit hatten die Bundeskanzlerin den Instituten raten lassen, „ein bisschen mehr Vorsicht“ an den Tag zu legen. Die in diesem Ratschlag auch zum Ausdruck kommende Unzufriedenheit mit der Prognosegenauigkeit war möglicherweise einer der Auslöser dafür, dass die Gemeinschaftsdiagnose erstmals offen ausgeschrieben wurde. Ob mehr Wettbewerb tatsächlich bessere Prognosen erbringt, mag dahingestellt sein. Doch könnte der Zwang, dass man sich nach drei Jahren wieder dem Wettbewerb um einen Folgeauftrag stellen muss, darauf hinwirken, dass die Institute kritischer mit den eigenen Methoden und ihren Ergebnissen umgehen. Deutlicher als bisher auf die Grenzen ihrer Aussagen hingewiesen haben die an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute diesmal in jedem Fall. Nun liegt es an der Öffentlichkeit und der Politik, damit auch sinnvoll umzugehen. Denn nichts wäre schlimmer als folgte der Klage über falsche Prognosen nun der Vorwurf, die Unsicherheit der Vorhersagen wäre so groß, dass man auf die Gemeinschaftsdiagnose ganz verzichten könne. Dann bestünde nämlich die Gefahr, dass sich jeder die Prognose herausgreift, die ihm am besten in die Argumentation passt, sei sie nun wissenschaftlich solide erstellt oder nicht.

*Roland Döhrn ist Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“
im Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen
Roland.Doehrn@rwi-essen.de*